

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Duerstraße Nr. 87) und Dresden (bei G. Höfner, Neustadt, an der Brücke, Nr. 2.)

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Belzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich zweimal und wird ausgegeben in Leipzig Mittw. 11 Uhr, Abends 6 Uhr; in Dresden Abends 6 Uhr, Sonntags 8 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 1 Ngr.

## Die Zollvereinsconferenzen in Berlin.

Ueber die entscheidende Erklärung Preußens in der Sitzung der Zollvereinsconferenz am 7. Juni: alles Verhandeln mit Oesterreich in der Handelsfrage auszuschließen, bevor nicht der Zollverein wiederhergestellt sei, weil es sonst an der Person eines Contractanten fehle, gehen uns von zweien unserer H. H. Correspondenten aus Berlin Mittheilungen zu, die mit den bereits von uns veröffentlichten (Nr. 263 und 265) übereinstimmen. Wir sehen daher von einer Wiederholung ab, theilen dagegen nachstehend die sehr bemerkenswerthen Betrachtungen mit, die in den gedachten Correspondenzen ausgesprochen sind.

Berlin, 8. Juni. Die in der gestrigen Sitzung der Zollconferenz gegebene Rückäußerung der preussischen Regierung auf die in der Sitzung vom 25. Mai von Seiten der in Darmstadt verbundenen Staaten gestellten Anträge ist, was wohl erwähnt zu werden verdient, in überaus höflicher und rücksichtsvoller Form gehalten. Es kommt nun zunächst auf das moralische Gewicht der Erklärung an. Von ihrer frühern Stellung ist die diesseitige Regierung nicht gewichen, sie besteht nach wie vor darauf, daß die Unterhandlungen wegen Abschlußes eines Handelsvertrags mit Oesterreich erst nach erfolgter Reconstituierung des Zollvereins stattfinden sollen, und nach wie vor will sie sich in Betreff der Zollvereinigung nicht binden. Gleichwol fehlt derselben die Energie, die verschiedenen Blätter von der in Aussicht stehenden Erklärung vorauszusagen in der Lage waren; einer Præclustrofrist, wovon ebenfalls die Rede war, d. h. wohlverstanden nur in der Presse, gar nicht zu gedenken. Aus der ganzen Erklärung geht unzweideutig hervor, daß man die Sache vorläufig noch in der Schwebe lassen will; denn es ist keine Frage, daß die Erklärung nur deshalb so und nicht anders gegeben wurde, weil man eine Antworterklärung auf dieselbe seitens der in Darmstadt verbundenen Staaten wünscht, wodurch Zeit und vielleicht auch einige Anknüpfungspunkte zu Verständigungsunterhandlungen gewonnen werden. In letzterer Beziehung wiederhole ich aber ausdrücklich das Vielleicht. Die Rückäußerung seitens der in Darmstadt verbundenen Staaten dürfte noch nicht in der nächsten Sitzung, sondern wol erst in 8—14 Tagen zu erwarten sein; denn die Bevollmächtigten haben die Erklärung des diesseitigen Gouvernements ihren resp. Regierungen zur Kenntnissnahme, resp. Entschliessung und desfallsigen Instruierung einzusenden. Ubrigens kann man es schon jetzt als bestimmt betrachten, daß die in Darmstadt verbundenen Staaten auf die gestern erfolgte Erklärung der diesseitigen Regierung hin in keinem Punkte von ihren Anträgen abweichen werden. Die Situation ist also nach wie vor eine und dieselbe; nach wie vor steht man auf beiden Seiten auf dem Extrem der Position, und in Bezug auf die Erlangung einer Gewissheit über die künftige Gestalt der deutschen Zoll- und Handelsverhältnisse ist erst in einigen Wochen die Möglichkeit gegeben, d. h. nach der gegenwärtigen Sachlage, denn eine Bürgschaft dafür, daß die Entscheidung alsdann nicht wieder in die Länge gezogen werde, ist natürlicherweise nicht gut zu übernehmen. Möglich ist es, daß der Wunsch nach einer Verständigung mit Oesterreich, wovon die diesseitige Regierung sich besetzt erklärt, Weiterungen im Sinne einer gegenseitigen Annäherung und womöglich Ausgleichung zur Folge hat, eine Möglichkeit, die übrigens sehr weit in das Feld der Conjecturalpolitik hinüberstreift, denn mit diesem Wunsche ist ja die Erklärung verbunden, daß man von der bisherigen Position in keinem Stücke abweichen wolle.

Berlin, 8. Juni. Welche Wendung der Sache nach der Erklärung unserer Regierung eintreten wird, ist schwer zu sagen, soviel ist indes gewiß, daß, wenn sich einzelne Regierungen weigern sollten, auf der von Preußen für richtig erkannten Bahn mitzugehen, dies wol mehr aus politischer Sympathie und Antipathie als aus Rücksichtnahme auf die wirklichen Interessen Deutschlands geschieht. Diese Interessen fordern den Fortbestand des Zollvereins auf das dringendste und werden sich nicht für befriedigt und getröstet halten, wenn man die Schuld des Scheiterns auf Preußens Eigensinn und Herrschsucht schiebt. Es setzt geradezu in Verwunderung, daß die alten, bis zum Ueberdruß gehörten Klagen über die Verletzung, welche Preußen den übrigen Staaten durch den Abschluß des Septembervertrags zugefügt, noch immer nicht verstummt sind. Einerseits hat man damit entschleiden Unrecht. Besonders die Mittelstaaten sollten darüber erfreut sein, daß ihr Gewicht Preußen gegenüber durch die Aufnahme Hannovers verstärkt wird. Andererseits fördert man damit jetzt nichts mehr. Man sollte also aufhören zu schmolten. Man mußte entweder mit Preußen brechen, die Kündigung des Zollvereins acceptiren und sich anderweit arrangiren, oder man mußte von jener Verletzung abstrahiren und die Sache nehmen wie sie war. Daß man keins von beiden gethan hat, sondern nur eben schwierig, verstimmt und miszmüthig ist, und mehr für die Erregung von Schwierig-

keiten als für die Sicherung der nicht mehr entfernten Zukunft außerhalb des Zollvereins Anhaltspunkte sucht, ist auf keine Weise das Richtige.

In dem von den Ältesten der berliner Kaufmannschaft im Namen des Handelsstandes von Berlin dem Handelsministerium erstatteten Bericht (Nr. 261) ist auch mit sehr eindringlichen Worten der Umstand wieder hervorgehoben worden, daß Rußland sich noch immer nicht hat dazu verstehen wollen, mit dem Zollverein als solchem in Unterhandlung zu treten, sondern bis jetzt hartnäckig dabei beharrt ist, in Handelsverhältnissen nur mit den einzelnen Zollvereinsstaaten Verträge abzuschließen und nur ihnen Bewilligungen zu machen. Bekanntlich hat Preußen die Begünstigungen, welche Rußland ihm allein angeboten hat, aus Rücksicht für die übrigen Zollvereinsstaaten von der Hand gewiesen. Die berliner Kaufmannschaft setzt nunmehr dem Handelsminister auseinander, wie dringend nothwendig der Abschluß eines Handelsvertrags mit Rußland sei und wie sehr ein großer Theil des Handels wegen Ermangelung eines solchen Vertrags leide. Wir wollen noch folgende Stellen aus dem in jeder Beziehung höchst beachtenswerthen Berichte mittheilen: „Berlin hat sich in den letzten Jahren nach allen Seiten hin so thatkräftig entfaltet, und seine Handelsbeziehungen haben einen solchen Umfang gewonnen, daß es in Wahrheit als der Mittelpunkt des Verkehrs für den ganzen Zollverein gelten kann. Wir heben in diesem hier besonders hervor, daß wir durch viele Mitglieder unserer Corporation wiederholt auf die schweren Uebelstände aufmerksam gemacht worden sind, welche unserm Handel durch den Druck bereitet werden, der aus den Maßregeln der dänischen Regierung gegen Schleswig-Holstein und namentlich aus dem Fortbestehen des Sundzolls fortwährend erwächst. Bei dem Handelsstande Berlins waltet auch der ernstliche Wunsch vor, unsere Beziehungen zu Frankreich recht bald in ein besseres Verhältniß als bisher gesetzt zu sehen, um nach Westen hin für Deutschland und den Zollverein endlich diejenigen Bedingungen des Handels und Verkehrs herbeizuführen, welche die ganze Entwicklung Europas und die Höhe seiner Cultur unerläßlich erfordern. Eine Abänderung des bestehenden Tariffsystems in Frankreich ist seit längerer Zeit nicht allein von Seiten anderer Nationen gewünscht worden, sondern im eigenen Lande sind mächtige Bestrebungen in theoretischer Weise gerade auf diesen Punkt gerichtet, ohne bis jetzt, selbst nach den Ereignissen des 2. Dec., auf welche eben in handelspolitischer Beziehung manche Hoffnungen gebaut wurden, etwas erreichen zu können. Es geht daher das Verlangen unser Handelsstandes, im Einflang mit dem aller Zollvereinsländer, auf den Abschluß auch eines Handelsvertrags mit Frankreich. Die Uebelstände in dem Verkehr mit Frankreich sind in der That so beklagenswerth für den Zollverein, daß wir nicht dringend genug empfehlen können, wenigstens den erneuerten Versuch einer Beseitigung derselben zu machen.“ Diese auf praktischer Erfahrung und wirklicher Einsicht in die Handelsverhältnisse beruhenden Vorstellungen werden höhern Orts, wo in Bezug auf handelspolitische Dinge willig den Stimmen solcher Männer Gehör geliehen wird, ihre Wirkung keineswegs verfehlen.

## Deutschland.

† Vom Rhein, 6. Juni. Eine deutlichere Erklärung ihrer Schwäche hätte die dormalige französische Regierung Europa nicht geben können als die war, welche sie soeben im Moniteur veröffentlichte, nämlich daß die Kaiserpläne vertagt seien. Das heißt nach der russisch-österreichischen Note und der verfehlten Sendung nach Berlin sich vor den Kosaken zurückziehen. Dieser Rückzug muß aber der napoleonischen Regierung unendlich in der Meinung der Völker schaden, und diese Maßregel ist nicht im Geiste Napoleon's I., der es für ein Axiom seiner Regierung erklärte, nie einen Schritt zurückzuweichen, weil ein solcher Schritt der erste zum unvermeidlichen Falle seiner Macht sei. Zwar ist Frankreich nicht im Stande, einer kräftig und weise ausgeführten Invasion der drei nordischen Großmächte auf die Länge zu widerstehen; allein einestheils ist dieselbe noch nicht so entschieden angekündigt worden, andertheils können mancherlei Umstände ihren Gang aufhalten und schwächen. Auch war es später immer noch zum Nachgeben Zeit. Aber einer bloßen Drohung weichen, heißt ein Bekenntniß seiner Schwäche ablegen. Wir werden nicht irren, wenn wir glauben, daß diese Maßregel die Bonapartisten in Frankreich niederzuschlagen, die Legitimisten ermutigen, die Franzosen im Allgemeinen über die Macht des Präsidenten enttäuschen und das Urtheil Europas über die Kraft und den Muth des Prätendenten berichtiget wird.

— Aus München vom 6. Juni heißt es in der Allgemeinen Zeitung: Frankfurter Berichte in berliner Blättern sprechen davon, daß die früher von einzelnen Patrioten für eine deutsche Flotte zusammengekommenen